



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)**

548 (24.11.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-371532](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-371532)

# Neue Mannheimer Zeitung

Verkaufsweg: Täglich 2 mal außer Sonntag. Bezugspreis: Drei Gros monatlich. 1932, 2.00 und 10 Pfg. Trägertage, in anderen Reichsteilen abgeholt. 1932, 2.25, durch die Post 1932, 2.70 einsehbar. 10 Pfg. Postzeit. Hierzu 75 Pfg. Beleggeld. Abholstellen: Bad-Isarstr. 12, Kranzengasse 42, Schlegelinger Str. 43, Meerfeldstr. 14, No. Friedrichstr. 4, Fo. Hauptstr. 60, W. Oppauer Str. 8, So. Tullnstr. 1.

## Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Druckerei: K. L. 4-4. — Fernsprecher: Sammelnummer 14931. Postfach-Konto: Karlsruher Nummer 175 96. — Telegramm-Adresse: Rema-Zeitl Mannheim

Anzeigenpreise: 10 mm breite Colonetzelle RM. -40, 75 mm breite Reklametzelle RM. 2.00. Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Preise. Bei Konfession, Berufsstand oder Zahlungsvorgang keine Rücksicht. Keine Gewähr für Anzeigen in bestimmten Rubriken, an bestimmten Plätzen und für telephonische Aufträge. Geschäftsamt Mannheim.

Mittag-Ausgabe

Donnerstag, 24. November 1932

143. Jahrgang — Nr. 548

# Hitler will weiter verhandeln

### Den Aufruf für eine parlamentarische Regierung lehnte Hitler ab, stellte sich aber für eine Präsidialregierung zur Verfügung

## Hitlers Antwort

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 24. Nov.

Die Antwort Hitlers ist gestern abend um 6.30 Uhr durch den Reichspräsidenten Brüning dem Staatssekretär Meißner überreicht worden. Wenn sie auch nicht veröffentlicht wurde, so ist sie doch ihrem Inhalt nach bekannt. Die amtliche Mitteilung besagt nämlich:

Die Antwort Adolf Hitlers auf das Schreiben des Staatssekretärs Meißner wurde Mittwochs 23. Nov. nachmittags durch den Reichspräsidenten Brüning dem Staatssekretär Meißner übergeben. Der 7 1/2 Seiten umfassende Brief enthält mit ausführlicher Begründung die Erklärung, daß Herr Hitler dem vom Herrn Reichspräsidenten an ihn gerichteten Ersuchen, sich anzuschließen, ob und unter welchen Bedingungen er eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit seinen einseitigen Arbeitsprogramm für eine von ihm geleitete Regierung bilden würde, nicht entsprechen könne. Mit dieser Absage verbindet Herr Hitler einen Gegenvorschlag, der zunächst dem Herrn Reichspräsidenten zur Prüfung vorliegt.

Das Entscheidende in der Antwort ist nicht die Tatsache, daß Hitler die Aufgabe des Reichspräsidenten, eine Regierung mit nur parlamentarischer Basis zu bilden, für unmöglich erklärt, sondern der Gegenvorschlag. Hitler stellt außerdem die Bedingung, daß eine präsidiale Lösung zur Verfügung, wenn auch nur als Übergangslösung, offen gelassen wird. Es wird nicht gesagt, ob nur die Kanzlerkandidatur in Betracht kommt oder ob eine Präsidialregierung mit Beteiligung der Nationalsozialisten und unter Leitung einer „neutralen“ Verwaltung möglich ist.

Die Nationalsozialisten legen nicht die entscheidende Hand darauf, unter allen Umständen bei den Verhandlungen über ein Präsidialkabinett die Hand im Spiel zu behalten. Angeht es nicht um die tatsächliche Regierung, sondern um die Möglichkeit, die Kanzlerkandidatur zu übernehmen, so ist die Entscheidung dem Reichspräsidenten vorbehalten.

Die industriellen Gruppen, die sich neuerdings stark für die Veranlassung der Nationalsozialisten einsetzen, sind der Auffassung, daß bei einer Nichtbeteiligung der Nationalsozialisten schwerwiegende Streikgefahren drohen. Im politischen Kreise nimmt man an, daß der Reichspräsident, der bekanntlich der Meinung ist, daß Hitler als Parteiführer nicht an die Spitze eines Präsidialkabinetts berufen werden könne, in diesem Punkt noch eine Rückfrage an die Nationalsozialisten stellen wird.

Jedenfalls haben die Nationalsozialisten augenblicklich ihr Memorandum nach Form und Inhalt so abgefaßt, daß es möglichst keinen Anlaß zu einem Mißverständnis bei den Verhandlungen bietet, sondern die Tür offenhalten soll.

Der 7 1/2 Seiten umfassende, im übrigen wiederum an den Staatssekretär des Reichspräsidenten adressierte Brief Hitlers enthält in der Darstellung eine umfangreiche Auseinandersetzung mit den Argumenten, die Dr. Meißner in seinem Antwortschreiben auf die erste Gegenklärung des nationalsozialistischen Führers vorgebracht hat. Es werden im Stil der jüngsten Propagendabroschüren vor dem Staatsgerichtshof sechs Seiten langatmige Definitionen der Begriffe „parlamentarische“ und „präsidiale“ Regierung entwickelt. Auf den ausdrücklichen Wunsch der Nationalsozialisten wird das Memorandum wie der übliche Briefwechsel der letzten Tage nicht veröffentlicht werden, bevor Hindenburg sich endgültig entschieden, A. H. auf neue erwidert hat.

Herr Brüning hat mit dem Dokument den Wunsch überreicht, daß die Räden zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler nicht abgerissen werden, daß vielmehr unter allen Umständen die Verhandlungen weiter gehen möchten.

Sicher ist im Augenblick jedenfalls, daß der Rollenwechsel zwischen dem Kaiserhof und dem Präsidialpalais nicht fortgesetzt wird. Hindenburg wird vielmehr auf das neuerliche Ersuchen in einer abendlichen Unterredung mit Hitler über oder — das erscheint uns nach den letzten Umständen das Wahrscheinlichere — durch einen Besuch des Staatssekretärs Meißner in nationalsozialistischen Hauptquartier entgegenkommen. Das Memorandum bringt, soweit wir unterrichtet sind, keinen Hinweis auf fertigen Vorschlag zur Verhandlung der Krise. Es beschränkt sich vielmehr darauf, ein „neues Verfahren“ zu ihrer Lösung anzugeben. Die parlamentarische Lösung wird, wie ja

## Stahlhelmabsage an Hitler

### Die Versuche zur Wiederbelebung der Dazburger Front so gut wie aussichtslos

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 24. Nov.

Die Bemühungen, die Gruppen der ehemaligen Dazburger Front wieder zusammenzuführen und als Basis für ein Präsidialkabinett zu gewinnen, also einen Regierungsdienst unter Ausschluß des Zentrum zu schaffen, haben keine Fortschritte gemacht. Im Gegenteil: der Versuch die Dazburger Front noch einmal zu beleben, erweist sich so gut wie aussichtslos. Der Herzog von Coburg, der eifrig um eine Verständigung der ehemaligen Dazburger Parteien bemüht ist, hat dementsprechend lassen, daß er weitere eine Unterredung mit Hindenburg gehabt habe. Das ist richtig. Doch bleibt die Tatsache bestehen, daß der Herzog seitdem im Dienste des Reichspräsidenten anwesend war, dort aber keine Verhandlungen bestritten und den Boden für seine Absichten vorzubereiten verlor.

Hitler hat mit den Führern der früheren Dazburger Front keine Rücksicht mehr annehmen lassen, sondern nur mit Dr. Schacht verhandelt.

Das Stahlhelm-Organ, die „Arbeits-Zeitung“ erklärt sich heute auf das Bestimmteste gegen eine Kanzlerkandidatur Hitlers.

„Jetzt gibt es nur mit äußerster äußerster Schärfe festzustellen, daß wir in der Person des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler gerade wegen seiner absonderlichen politischen Einseitigkeit nicht den Mann finden können, der das nationale Deutschland zu einheitlichem Wollen und zu einheitlicher Leistung zusammenführen kann. Seine Kanzlerkandidatur ist abzulehnen.“

Man darf erwarten, daß die Nationalsozialisten sich bei den Verhandlungen über ein Präsidialkabinett die Hand im Spiel zu behalten werden, indem sie die Möglichkeit der Beteiligung der Nationalsozialisten an einer „neutralen“ Verwaltung in Betracht ziehen.

Es soll alles in allem eine neue Präsidialkabinett gebildet werden, mit der Hand nach nationalsozialistischer Auffassung nicht das letzte Wort gesprochen, auf der vielmehr weiter verhandelt werden könne.

Es scheint, daß Hitler seinen Anspruch auf die Führung der Regierung wiederholt, ihn aber in eine Form gekleidet hat, die auch diese entscheidende Frage offen läßt. Mit anderen Worten: Hitler dürfte die Zustimmung zu einer Präsidialkabinett des von ihm angeregten Verfahrens nicht unbedingt und nicht definitiv davon abhängig gemacht haben, ob er zum Kanzler freier würde oder nicht.

Die in dem nationalsozialistischen Kommuniqué aufgeführte Forderung, daß die Führung der Regierung wiederholt, ihn aber in eine Form gekleidet hat, die auch diese entscheidende Frage offen läßt. Mit anderen Worten: Hitler dürfte die Zustimmung zu einer Präsidialkabinett des von ihm angeregten Verfahrens nicht unbedingt und nicht definitiv davon abhängig gemacht haben, ob er zum Kanzler freier würde oder nicht.

Die in dem nationalsozialistischen Kommuniqué aufgeführte Forderung, daß die Führung der Regierung wiederholt, ihn aber in eine Form gekleidet hat, die auch diese entscheidende Frage offen läßt. Mit anderen Worten: Hitler dürfte die Zustimmung zu einer Präsidialkabinett des von ihm angeregten Verfahrens nicht unbedingt und nicht definitiv davon abhängig gemacht haben, ob er zum Kanzler freier würde oder nicht.

## Welche Zusicherungen machte Neurath in Genf?

Drahtbericht unseres eigenen Vertreters  
I. Genf, 24. Nov.

Reichsaußenminister von Neurath hat die letzten Besprechungen über die Abrüstungsfrage hier abgeschlossen. Das Thema ist, soweit es sich um die deutsche Stellungnahme handelt, erledigt. Das Wort ist jetzt an französische Seite. Herr von Neurath konnte in seinen Besprechungen mit Sir John Simon, Baron Kloss und Norman Davis feststellen, daß er sich mit diesen Staatsvertretern auf der gleichen Linie befindet. Er war auch in der Lage, sich zu der oft gegen Deutschland im Treffen geführten Frage der „Wideraufklärung“ klar zu äußern und bestimmte Zusicherungen zu erteilen, die bei den erwählten Staatsmännern Befriedigung erwecken.

Die Verhandlungsarrangements bilden für England, Italien, Amerika und Deutschland der englische Vorschlag. Dieser ist von Paul Boncour sein französisches Gegenkommen zu verzeichnen.

konnte, im Verlauf der politischen Entwicklung auf längere Sicht gesehen, zur absoluten Herrschaft einer einzigen Partei führen, die dann schließlich mangels eines genügenden Gegengewichts zu einer unabsehbaren Beherrschung der gesamten staatlichen Ordnung werden könnte.“

Die unumwundene Absage an Hitler schließt mit der Feststellung, daß im Augenblick keine Möglichkeit besteht, die Dazburger Front wieder wirksam zu machen. Der Stahlhelm scheidet also bereits aus der von Hitler erzielten Kombination aus. Die Dazburger Gruppen sollen sich in tiefe Reserve begeben.

## Demonstrationen vor dem Kaiserhof

Reidung des Wolff-Büros  
— Berlin, 24. Nov.

Nachdem um 18.00 Uhr Reichspräsident Brüning vom Hotel Kaiserhof abgeholt war, um die Antwort Hitlers an den Reichspräsidenten zu überbringen, machte sich plötzlich, von allen Seiten kommend, eine große Anzahl kommunistischer Demonstranten unter die Menge. Sie wollten sich vor dem Eingang des Hotels im Mittelteil der Straße sammeln und diesen Parteiführer gegen Hitler und seine Parteiführer aus. Die bereits seit längerer Zeit dort anwesenden Nationalsozialisten gerieten mit den Kommunisten ins Gedränge, das die Polizei jedoch durch rasches Eingreifen im Keime erlöschte. Die Nationalsozialisten wie die Kommunisten wurden von der Polizei abgedrängt und nach kurzer Zeit vertrieben.

Dr. Schlenker, als Wirtschafts- und Nationalsozialistischer Streiter als Innenminister, der Zentrumspartei, Stegerwald als Arbeits- und Herr von Anselm-Dobbert als Parteiführer, während der Interventionen des Reichspräsidenten entsprechend in dem Reichswahlgesetz und dem Außenministerium ein Wechsel nicht vorgegeben sei.

## „Gefolgshaftekreuz“ für Hitler

Die Reichsregierung hat im nationalsozialistischen Lager die zur letzten Stunde die Antwort an den Reichspräsidenten war, jetzt wohl sehr deutlich aus der folgenden Vertrauensbesprechung heraus, die die fünf Unterführer Fritz, Goebele, Rohm, Scharf und Wöring abgegeben haben. Das Vertrauensgespräch lautet:

„Wir sind vollkommen einverstanden, daß die politische Bewegung Hitler, vertritt die gesamte Bewegung und jetzt wieder in verschiedenen Richtungen auftritt und der Welt geistige Antriebe überträgt. Wir sind vollkommen einverstanden, daß die Bewegung Hitler, vertritt die gesamte Bewegung und jetzt wieder in verschiedenen Richtungen auftritt und der Welt geistige Antriebe überträgt.“

## Das Echo bei Hindenburg

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 24. Nov.

Die Übergabe der Antwort Hitlers wurde von einer Mitteilung der Reichspressestelle der NSDAP begleitet. Darin heißt es:

„Die Antwort bringt — unter eingehender Begründung zum Ausdruck, daß Adolf Hitler den ihm vom Reichspräsidenten übergebenen Auftrag einer rein parlamentarischen Lösung der Regierungskrise nicht übernehmen kann, weil er in Verbindung mit den gemachten Vorbehalten innerlich unüberwindlich ist. Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Bestes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos verfallen, hat Adolf Hitler dem Herrn Reichspräsidenten einen klar umrissenen Vorschlag unterbreitet, durch den in kürzester Frist der Regierungsdienst gelöst werden kann. Der Vorschlag schließt mit dem Versprechen Adolf Hitlers, daß seine Annahme sowohl seine Person wie auch seine ganze Bewegung für die Lösung der Regierungskrise und damit für die Errettung des Vaterlandes einsetzt.“

Diese unerschütterliche Kritik an der Person Hindenburg hat in der Umgebung des Reichspräsidenten keine Empörung hervorgerufen. Vor allem nimmt man an der Behauptung Harten Auhof, daß der Auftrag des Reichspräsidenten innerlich unüberwindlich ist, Adolf Hitler dagegen mit einer „klar umrissenen“ Lösung antworten könne.

Trotzdem wird der Reichspräsident auch weiterhin bedrückt sein, die Verhandlungen in aller Ruhe und Sorgfalt zu führen, damit, wenn irgend möglich, eine politische Lösung erzielt wird. Die Behauptung, daß der Auftrag vom Reichspräsidenten innerlich unüberwindlich ist, wird aus der Umgebung Hindenburgs entschieden zurückgewiesen. Die tatsächlichen und persönlichen Verhältnisse, die der Reichspräsident für den Hitler erteilten Auftrag feststellen hat und die sich bekanntlich auf ein Wirtschaftsprogramm, den Status in Preußen und den Artikel 48 wie die Führung der Außen- und Wehrpolitik des Reiches beschränken, haben, wie man erst jetzt erklärt, die Zustimmung aller Parteiführer gefunden. Die Hindenburg in der vorigen Woche empfangen hat.

Auch Adolf Hitler hat bei seinen persönlichen Besprechungen im Hause des Reichspräsidenten die Vorbehalte grundsätzlich angenommen. Zudem hat Hitler am Samstag ohne Vorbehalte erklärt, in der Lage zu sein, für die von ihm zu bildende Regierung eine parlamentarische Mehrheit zu sichern.

Der am Montag vom Reichspräsidenten erteilte Auftrag wie die kurz danach im einzelnen fixierten „präsidialen Vorbehalte“ stellen also nur die logische Konsequenz der Situation dar, wie sie nach den Sondierungen bei den Parteien für Hindenburg sich ergab.

Geht die Kritik an den Vorbehalten des Reichspräsidenten schon an sachlichen Gründen fehl, so gilt das nach Auffassung politischer Kreise im selben Maße für die in den letzten Tagen laut gewordene Beanspruchung des Ersuchen, sich anzuschließen, ob und unter welchen Bedingungen er eine sichere arbeitsfähige Mehrheit mit seinem einseitigen Arbeitsprogramm für eine von ihm geleitete Regierung bilden würde, nicht entsprechen könne.

Es steht nämlich außer allem Zweifel, daß auch alle früheren Aufträge an andere Persönlichkeiten vom Reichspräsidenten immer limitiert worden sind.

Das gilt in erster Linie auch für den Auftrag, den vor einem halben Jahr Reichskanzler von Papen bekommen hat. Er lautete auf die Bildung einer Regierung der nationalen Konsolidation. Bei der Bildung des Kabinetts Brüning hat der Reichspräsident am 28. März 1930 erklärt, daß es ihm nicht zweckmäßig erschien, die künftige Reichsregierung auf einer koalitionsmäßigen Verbindung aufzubauen. In der amtlichen Mitteilung hierüber wurde dann festgehalten, daß „Dr. Brüning den ihm in dieser Form erteilten Auftrag“ angenommen habe. Bei der Umbildung des Kabinetts am 7. Oktober 1931 wurde der Auftrag in ähnlich begründeter Form wiederholt, nämlich erteilt „mit der Aufgabe, daß die Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindungen erfolgen solle“.

Eventuell sind die früheren Beauftragungen mit ausdrücklichen Beschränkungen erfolgt, so der an Hermann Müller im Juli 1929 und der an den Reichskanzler Brüning im Januar 1932. Bei der Bildung des Kabinetts Brüning hat der Reichspräsident als eine bestimmte Partei für sich dem Reichskanzler forderte, obendrein noch öffentlich festgesetzt, daß er es ablehnen müsse, in Ausführung seiner verfassungsmäßigen Rechte sich von einer

## Braun kann nicht kommen

— Berlin, 24. Nov. Reichspräsident Braun ist seit Sonntag an einer Polvereizung erkrankt und teilungsunfähig. Infolgedessen wird ihn heute und in den nächsten Tagen Ministerdirektor im Preussischen Staatsrat und Landtag vertreten.

Praxis für die Zusammenfassung des Reichsstaats, welche besondere Vorschriften machen zu lassen".

Mit diesen Beschlüssen wird nach Auffassung von Hoover Kreise die in den letzten Tagen verschiedentlich gedehnte Anfrage widerlegt, daß die Beendigung des Auftrages mit seinem parlamentarischen Charakter nicht vereinbar sei. Adolf Hitler hat in seiner Antwort jedenfalls eine Art Verfahren für die weiteren Verhandlungen um die Kabinetsbildung vorgeschlagen, ohne übrigens bereits eine Ministerliste aufzustellen. Die Entscheidung über das Verfahren liegt nun selbstverständlich beim Reichspräsidenten.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß die Einberufung des Reichstags, die in diesem Stadium nicht abzusehen ist, entsprechen wird, zumal der Reichspräsident Adolf Hitler von der nationalsozialistischen Führung als Diskussionsgrundlage bezeichnet worden ist. Die Entscheidung des Reichspräsidenten wird nun wahrscheinlich im Laufe des Tages erfolgen. Meldungen, daß heute auch ein Entwurf der Vorläufigen Verfassung fertig sei, beruhen auf Kombinationen, die nicht zutreffen dürften.

Einbindung hält im übrigen auch weiter an der Überzeugung fest, daß eine präsidiale Regierung nicht von einem Parteiführer geleitet werden kann.

Damit dürfte die Grenzen festgelegt sein, in denen noch eine Diskussion über die Regierungsabklärung unter nationalsozialistischer Führung denkbar ist. Ob sie noch zu einem positiven Abschluß gelangt, ist nach wie vor ungewiß. In Berlin sind politische Kreise, die sich dem Ergebnis jedenfalls mit harter Zurückhaltung, wenn nicht mit ausgesprochenem Mißtrauen, beurteilen.

### Luther beim Langnam-Berein

Meldung des Wolff-Büros

— Düsseldorf, 24. Nov.

Auf der Langnam-Tagung hielt gestern Reichsbankpräsident Dr. Luther eine Rede. Er habe, als er kürzlich dem Reichspräsidenten seine Bitte, er möge dem Reichspräsidenten die Anwendung des Artikels 48 vorschlagen, damals seien nicht unerschütterliche Bedenken gegen die Anwendung des Artikels von nationalsozialistischer Seite erhoben worden. Diese Anwendung habe sich jedoch in ihrer Auswirkung erweisen können. Die Ausprägung Partei-Sozial und Autoritätstheorie habe aber zu weit. Das Kabinett habe eine Präsidialregierung gewesen, obwohl es sich nicht so genannt habe. Nach bei dem ersten Kabinett Linders habe der Hauptpunkt auf dem gelegen, was diese Präsidialregierung genannt werde. Man könne bei der jetzt anstehenden Konvention im Sinne nicht darauf verzichten, das reifen zu lassen, was dem Willen der Bevölkerung und der Parteien notwendig erscheine. Das Kernstück einer Reichsreform müsse man in der Überwindung des Dualismus von Reich und Preußen erblicken. Was ein besser durchgeführtes Staatswesen als es das Reich seit 1918 gewesen sei, werde man davon überzeugen können, daß der Weg einer im Laufe der Zeit wiederkehrenden Konvention zum Vorzug zu ziehen sei.

Dr. Luther ging dann zu dem Problem der Steuergerechtigkeit und der Arbeitsbeschaffung der höheren Regierung über. Man dürfe jetzt nicht so tun, als ob dieses Programm gar nicht existiere, und eine Reihe von weiteren Projekten herausbringen, die denen nicht danach gefragt werde, in welchem Maße sie sich auf das Steuerprogramm beziehen. Somit werde die gesamte Einwirkung gelohnt. Bei dem Thema „Reinliche Wirtschaft im letzten Staat“ gehe die Rede auf die Seite des Staates. Die Löhne oder ihre Aufhaben nur erfüllen, wenn sie gegen politische Einflüsse vollkommen abgesichert werde.

### Segler in Szenen

— Cuxhaven, 24. Nov. In der Nähe von Cuxhaven ist der deutsche Ozeanograph „Mortelles“ in Szenen geraten. Zwei Bergungsboote sind zur Hilfeleistung abgegangen. Vier Personen sollen bereits in Sicherheit gebracht worden sein.

### Die alte Gefindestube

Von Selma Lagerlöf

In alter Zeit, wo ein Diebstahl auf einem Hofe noch keine Kleinigkeit war, der Herrschaft zählte, hatte natürlich der weiche Teil das ganze Jahr hindurch alle Hände voll zu tun. Während der langen dunklen Winterabende und der langen dunklen Wintermorgens wählten sie am Spinnrad Nadeln und Spinnrad für den weichen Teil. Die Weberin selber aber konnten sie vor dem Frühstück, oder die Tage lang warten, nicht begreifen, denn diese Arbeit kann nicht im Halbdunkel verrichtet werden.

Wenn man mit dem großen Wohlstand der Feinwand, den Baumwollstoffen und den dünnen Wollstoffen fertig werden wollte, die der Dorfweber in Haus und Hof, galt es, sich am weichen Teil zu tun. Aber nie ging es damit richtig vorwärts, wenn der weiche Teil in der Nähe stand. Nein, die Weberinnen saßen am weichen Teil, jede für sich in einer Stube, wo sie ganz ungestört waren.

Tarant hatte man früher auch auf jedem ordentlichen Hofe eine besondere Weberschmiede, und eine solche bestand sich aus zwei Kammern. Die eine war die Stube der alten Weberschmiede. Über der Weberschmiede hatte man noch einen Stock angebracht, der aus zwei niedrigen Stühlen bestand mit Nadeln und Spinnraden, wenn man so sagen darf, aus Spinnraden und einer Weberschmiede. In der inneren Kammer wohnte der Großvater, in der äußeren, hundert und Weberschmiede, an jedem Fenster einer.

Die Weberschmiede war noch ein weiches Lagerort für die Weberschmiede, obwohl es nicht mehr Brand war, denn die Weberschmiede ihren Platz in Weberschmiede zu geben, sondern in Weberschmiede. Dies war Frau Lagerlöfs große Freude, werden zu lassen, und Gendarmen, Bettelstühle, Tischstühle, Matten, Karzinen, Möbel und Kleiderstücke, kurz alles, was man im Haushalt brauchte, wurde dadurch angefertigt. Den ganzen Sommer hindurch hatte sie ihre Weberschmiede im Haus.

Aber im Herbst hatte man die Weberschmiede beiseite, und an ihre Stelle trat ein langer, niedriger Tisch, der über und über mit weichen Stoffen bedeckt war, sowie die runden dreieckigen Stühle aus der Weberschmiede. Das war das weiche Lager, das man den Gemeindeführer erwartete, den Soldaten Soem.

Der Schlichter und keine Verbrüngen kamen auch bald daher mit großen Händen, die ganz voll-

## Hoover lehnt Stundung ab

### Amerika anerkennt keine Bindung zwischen Lausanne und Schuldenproblem

Meldung des Wolff-Büros

— Washington, 24. Nov.

Nach der Konferenz zwischen Hoover und Roosevelt hat Präsident Hoover seine Ansichten zur Schuldenfrage in einem längeren Eröffnungsbericht dargelegt.

Trotzdem lehnt er sich gegen die Entscheidung und auch gegen den Wunsch der am 18. Dezember folgenden Kriegskongresse aus, schließt jedoch vor, die amerikanischen Delegierten auf der Konferenz und Weltwirtschaftskongressen zu beschleunigen, Verhandlungen mit den Schuldner-Regierungen zu führen.

Diese Verhandlungen sollen sowohl die künftige Zahlungsfähigkeit der Schuldnerstaaten zum Gegenstand haben wie auch dazu dienen, Mittel und Wege zu finden, durch die die Zahlung erleichtert werden kann. Bewiesen wird in diesem Zusammenhang auf eine Verminderung der Reparationsausgaben als eines der möglichen Mittel oder als ein anderes, die Annahme eines leibhaftigen Warenverkehrs sowie langfristige Methoden, die jedoch die Zahlung der amerikanischen Kriegsschulden erhöhen würden. Falls ein Transfer unüberwindliche Schwierigkeiten machen sollte, steht das Eröffnungsbericht als Normannahme die Deportierung der Kriegsschulden in den Schuldnerländern zugunsten Amerikas vor.

Hoover weist das Argument der Alliierten zurück, daß das Lausanner Abkommen etwas mit Amerika zu tun habe. Amerika erhalte keine Reparationen und könne daher nicht die ausgedehnten Reparationsleistungen durch eine Streichung der Kriegsschuldenleistungen balancieren.

Als leitende Auffassung wird betont, daß sich die Alliierten anders als bei den Reparationen bei den Kriegsschulden freiwillig zur Nachzahlung verpflichten und anerkennen, daß nur eine tatsächliche Zahlungsfähigkeit Grund zur Revision bieten könne.

Über den Vorschlag Hoover, eine neue Schuldenkommission einzusetzen, hat die Kommission unter den politischen Führern der Republikaner und Demokraten sehr gut geheißen.

### Die amerikanische Antwort überreicht

Meldung des Wolff-Büros

— Washington, 24. Nov.

Staatssekretär Stimson überreichte dem französischen und dem englischen Vorkomitee die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Noten zur Kriegsschuldenfrage. Die Antworten an Belgien, die Tschechoslowakei und Polen sind noch nicht überreicht worden.

## England droht mit Annullierung von Lausanne

### Drohung auf Londoner Vertretern

— London, 24. Nov.

England wird eine zweite Note an Amerika richten, in der es sich angeht die Behauptung des Präsidenten Hoover, daß Kriegsschuldenmoratorium zu verlängern, mit erhöhter Dringlichkeit um Zahlungsaussetzung ersucht. Die lange und nicht ganz durchsichtige Erklärung Hoover, die gestern Abend hier bekannt wurde, wird nicht als ein glattes Nein aufgefaßt. In Anbetracht der gewisse Versprechungen mit der amerikanischen Regierung glauben die leitenden Kreise vielmehr, daß Hoover nur eine klare Darstellung der Gründe für das Aufschubverlangen, um dem Kongress gegenüber eine Handhabe zu besitzen. Die Note selbst hat heute früh noch nicht in London eingetroffen. Es ist jedoch halbamtlich bekanntgegeben worden, daß ungeschicklich eine zweite englische Note nach Amerika abgelehnt wird. Die ganze englische Lage wird, wie die „Times“ berichten, in Regierungskreisen nicht allzu glücklich genommen. Die Möglichkeit, daß es doch noch zu einem Zahlungsaussetz kommt, gilt keineswegs als ausgeschlossen.

Die englische Regierung wird in ihrer nächsten Note sehr nachdrücklich auf die Störungen hinweisen, die die Zahlung der Kriegsschulden der von W. Williams Taylor am 18. Dezember bevorzugen würde und zwar nicht nur durch die heftige Erschütterung der Währungsfrage, sondern auch durch die Annullierung der Lausanner Abkommen, die bekanntlich von der Einigung mit Amerika abhängig gemacht worden sind.

Der „Times“ zufolge wird die englische Regierung darauf hinwirken, daß die Zahlung der Kriegsschulden der notwendigen Weise eine weitere Entwertung des Pfundes gegenüber dem Dollar herbeiführen werde, wodurch Amerikas Export

nach England weiter eingeschränkt würde. Bezüglich der Abkommen von Lausanne dürfte darauf hingewiesen werden, daß die provisorische Schlichtung des Reparationsproblems bereits viel zur Abklärung des wirtschaftlichen Bestandes in Europa beigetragen habe. Wenn jetzt keine Einigung über die Kriegsschulden zustandekäme, so wird die Reparationsfrage erneut aktuell werden, denn nach dem Lausanner Abkommen wird dann die jährliche Quote wieder auf den Stand vor der Lausanner Konferenz zurückgeführt. Die „Times“ unterstreichen diese ernste Folge der amerikanischen Ablehnung sehr stark, doch ist anzunehmen, daß die Regierung in ihrer Note noch kräftiger vorgehen wird. Es muß aber damit gerechnet werden, daß die Amerikaner an das Argument, die Überweisung der Kriegsschulden schade ihnen weniger als sie ihnen nütze, einfach nicht glauben.

Besont die amerikanische Öffentlichkeit legt zu verstehen scheint, ist ein offenes Bekenntnis der europäischen Schuldner und ganz besonders Englands, daß die Fortsetzung der Kriegsschuldenleistungen unmöglich geworden sei, weil die Schuldner die Mittel dazu nicht mehr beibringen können.

Wegen ein solches Bekenntnis wird sich England noch eine Zeitlang wehren. Es besteht die Gefahr, daß solche Vorkämpfer tend zu die Kräfte werden werden. Im Parlament wird anerkannt, daß England die Kriegsschuldenleistungen als Ehrenschuld betrachtet und um jeden Preis ausführen müsse. Es vertritt sich um selbst, sagt das Blatt hinzu, daß die Zahlung am 15. Dezember überlassen werde, wenn Amerika darauf besteht. Jede andere Handlungsweise wäre der britischen Tradition des Respekts vor der Souveränität der Vertragspartner entgegenzusetzen, daß sie dem ohnehin erschütterten Vertrauen der internationalen Kreditwelt den Todesstoß versetzen würde. Wenn gerade England seine Verpflichtungen ablehnen würde, so würde es ein Beispiel geben, das jedes Schuldnerland der Welt sich einzeln zu eigen machen würde.

### Die Zustimmung der Synode

Meldung des Wolff-Büros

— Karlsruhe, 24. Nov.

Gestern nachmittag hat die Evangelische Landes-synode mit 88 gegen 21 Stimmen bei vier Enthaltungen den Vertrag zwischen dem Reichsausschuß Baden und der Evangelischen Landeskirche Baden einstimmig angenommen.

Wegen die Stimmen der Liberalen und religiösen Sozialisten wurde jedoch mit großer Mehrheit folgende von der evangelischen Kirchenregierung vorgelegene Erklärung beschloffen:

„Die Evangelische Landes-synode hat zwar der Vorlage zugestimmt, sie stellt aber fest, daß der Evangelisch-Protestantische Landesrat Baden die notwendige Zustimmung zur Einberufung der Synode durch die Kirchenleitung Baden nicht eingebracht hat und infolgedessen der Vertrag der Evangelischen Kirche mit dem badischen Staat nicht als gleichwertig mit dem entsprechenden Vertrag der Reichskirchen anerkannt werden kann.“

Einstimmige Annahme fand ein Antrag des Verfassungsausschusses, der verlangt, daß an der bisherigen bewährten Form der Simultanschule festgehalten werden soll. — Auf der Tagesordnung stand weiter ein Antrag der Abgeordneten Brüder und Genossen (Voll) auf Abänderung der kirchlichen Verfassung und der Geschäftsordnung für die Landes-synode. Der Verfassungsausschuß schlägt ein entsprechendes kirchliches Gesetz vor, das auch angenommen wurde. Es handelt sich um die Stellung von Erlaßmitgliedern für den Fall, daß ein Synodemitglied der Kirchenregierung verhindert wäre oder anscheidet. — Die Verhandlungen der Synode hatten damit ihr Ende erreicht.

### Eine neue Preußenklage?

Meldung des Wolff-Büros

— Berlin, 24. Nov.

Der Verfassungsausschuß des Preussischen Staatsrates beschäftigt sich am Mittwoch abschließend mit der durch das Urteil des Staatsgerichtshofes und der Maßnahmen des Reiches geschaffenen Lage in Preußen. Die Stellungnahme des Ausschusses wurde in einem Antrag niedergelegt, der dem Staatsrat in seiner Sitzung am Donnerstag zur Annahme empfohlen wird. Darin wird erklärt, daß der Staatsrat zur Klärung der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli und dem Gesetz vom 18. November hervorgerufenen Streitpunkte eine Klage beim Staatsgerichtshof für notwendig halte.

### Lebenslänglicher Kerker für Leipzig

Meldung des Wolff-Büros

— Mag., 24. Nov.

Das Schwurgericht verurteilte gestern den 38 Jahre alten Hiesiger Heinrich Franz Leipzig wegen Lebenslänglichen Kerker zu lebenslänglicher Kerkerstrafe. Unmittelbar nach der Verkündung des Urteils sprach Leipzig durch das Fenster des Schwurgerichtssaales auf die Straße hinaus und versuchte zu entkommen. Bei dem Sprung hatte er sich aber eine blutige Wunde an der Stirn zugezogen. Er wurde sofort in die Gefängnisabteilung des Gerichtes zurückgebracht.

### Schwerer Raubüberfall in Briesen

— Berlin, 24. Nov. In Briesen wurde auf den Inhaber eines Konfektionsgeschäftes ein Raubüberfall verübt. Die Räuber stahlen im Geschäft nicht nur den Kaufmann her und verletzten ihn schwer durch mehrere Messerschläge, auch ein Kasse wurde ihm ausgehoben. Ob und wieviel geraubt worden ist, ist bisher noch nicht bekannt. Nach dem Überfall flüchteten die Täter in einem Auto.

Der Leutnant kannte die Geschichte zwar so genau wie sein Vater, aber er antwortete trotzdem: „Vielleicht habe ich es schon einmal gehört, aber ich kann es ja erzählen, Soem, wie Ihr es wisst.“

„Na also? Vater war ja Soldat wie ich, obwohl vor meiner Zeit. Die letzten im Regiment, er habe Vars Anderson geheißt. Aber dann kam die Ver-ordnung, die Soldaten sollten sich neue Namen wählen, weil es gar zu viele gab. Die Anderson und Johannsen hießen.“

Eines Tages bei einem Appell in Trodnäs wurde von der Mannschaft einer nach dem anderen zum Regimentsführer Lagerlöf, dem Vater des Herrn Leutnant, heringetragen, um sich darüber zu äußern, unter welchem Namen man ihn in die Stammtafel eintragen sollte. Vars Anderson kam dann auch mit den andern herein, und der Herr Regimentsführer kannte ihn recht wohl, er wußte, wie ein Spatzvogel dieser Gegend war, denn er hatte ja Jahre für Jahre wochenlang in Trodnäs gehört und Anzüge für ihn selber und die Leute gemacht. Von seinem Kommen bis zum Gehen gab es nichts als Pöbel und Weisheiten. Er konnte alle Leute auf jedem Hofe im ganzen Reichspol nachmachen, er ließ Gegenstände verschwinden wie ein Zauberer und konnte auf einem Stock sitzen, das man glaubte, ein ganzes Regiment anzuordnen zu hören. Aber er war auch gefährlich, denn er lag überhand Weisheiten zusammen und ließ die Leute auf den Köfen aneinander auf.

„Nun, Vars Anderson, wie willst du heißen?“ fragte der Regimentsführer, und er sagte seine erschöpfte Klage auf, damit ihm der andere nicht mit irgend weichen Pöbel kommen sollte.

„Er der Leutnant, Herr Regimentsführer!“ erwiderte der Schneider. „Darf ich mich nennen, wie ich will?“ Und er legte seine Stirn in Falten, damit es aussah, als hätte er mit aller Kraft darüber nach, welchen Namen er sich zulegen konnte.

„Ja, Vars Anderson, das darfst du“, antwortete der Regimentsführer. Aber er konnte seinen Namen, und deshalb sagte er hinzu, es müsse ein ordentlicher, unabhängiger Name und nicht irgendein Unfug sein.

Können sich der Herr Leutnant noch erinnern, wie Ihr Vater das sah? Er war gewiß ein guter Mann, aber es gab doch viele. Me ich vor ihm fürchten, nur weil er so groß und häßlich war und schwarze halbrunde Augenbrauen hatte.“

„Aber der Schneider fürchtete sich nicht, o nein! „Nun, dann will ich Vagerlöf heißen“, sagte er, denn das ist ein ehrlicher und gescheiter Name. Ich meine keinen Spöteln in ganz Weimland, der einen so guten Klang hätte.“

Als der Regimentsführer hörte, daß der Soldat sich Vagerlöf heißen wollte, ließ ihn das Blut in den Kopf.

„Nein, das geht nicht“, sagte er, „Zwei gleiche Namen sollen nicht in demselben Regiment sein.“ „Es sind aber mindestens drei da, die sich Wagnis, und vier, die sich Vagerlöf heißen“, erwiderte der Schneider. „Da wird wohl niemand an mir und dem Herrn Regimentsführer Kritik nehmen“, sagte er hinzu.

„Aber Vagerlöf du denn nicht, Vars Anderson, daß dies nicht angeht?“ fragte der Regimentsführer.

„Ich hätte den Namen gar nicht gemocht, wenn der Herr Regimentsführer mir nicht selber erlaubt hätte, mich zu heißen, wie ich will“, sagte der Schneider und heulte sich so recht erschrocken und demütig. „Ich weiß ja, wenn der Herr Regimentsführer etwas sagt, so kann man sich darauf verlassen.“

Damit schweig er, aber der Regimentsführer sah in diese Gedanken verfallen da, wie er sich wohl aus dieser schwierigen Lage ziehen könne. Denn er wußte nicht nur, daß er zum Weib der ganzen Regimente werden würde, sondern er wußte um seinen Preis, daß es ein Schlingel wie dieser Schneider Vagerlöf heißen sollte.

„Oder mal, Vars“, begann er, „es wäre ja vielleicht möglich, daß wir beide denselben Namen innerhalb des Regiments hätten; aber heißt du, Vagerlöf auf Trodnäs ist dies ganz ausgeschlossen. Du mußt also darauf gefaßt sein, nie wieder in Trodnäs gehen zu dürfen, wenn du auf dieser Sache beharrst.“

Nun war die Reihe des Erwiderns an dem Schneider, denn die Wochen, die er auf Trodnäs verbracht, waren die schönsten des ganzen Jahres. Nirgendwo wurde er so gut aufgenommen, und nirgendwo freute man sich so über seine Weisheiten und Späße wie dort.

„Vielleicht begnügt du dich damit, Vager zu heißen“, fuhr der Regimentsführer fort, „als er bei dem andern ein Schwanz in demselben ginge.“

So mußte sich also der Schneider für den Namen Vager entschließen, und so blieb er denn auch sein ganzes Leben lang.

# Die Stadtseite

## von Cronau passiert Mannheim

Während mittig tags vor 12 Uhr wurde ein großer Wal-Flugzeug vom Typ Dornier über Mannheim geflattert. Leider konnte das Flugzeug wegen des nebeligen Wetters nicht sofort identifiziert werden, so daß erst später bekannt wurde, daß Mannheim von dem deutschen Weltflieger von Cronau überflogen worden ist. Ein zweites Dornier-Wasserflugzeug, das um 2 Uhr über Mannheim erschien, flog in der Nähe des Debus-Wasserflughafens so niedrig, daß man deutlich erkennen konnte, wie die Piloten freundliche Grüße herunterwinkten.

Wolfgang von Cronau, der mit seinen drei Kameraden, die ihn auf seinem ganzen Weltflug begleitet haben, von Friedrichshafen aus über ganz Deutschland hinweggeflogen war, ist am Mittwoch nachmittags gegen 10 Uhr mit seinem Dornier-Wal wieder in dem Flughafen Ost auf Ost eingetroffen, dem gleichen Platz, von dem sein Flug über Meere und Kontinente seinen Ausgänger genommen hatte. Die letzte Etappe vom Bodensee zur Nordsee hatte sechs Flugstunden beansprucht. Kapitän von Cronau und seine Besatzung wurden in Ost von einer großen Menschenmenge mit herzlichem Begrüßung begrüßt. Von allen Seiten Schilffahrt-Gelächter und aus Hamburg waren Flugbegeisterte herbeigeströmt. Aus Weierland war sogar ein Sonderzug erschienen. Auch die Marineinfanterie hat eine Abordnung nach Ost entsandt, um den deutschen Hagenhelden zu ehren. Vielleicht wird von Cronau und auf seinem zweiten Ausflug nach Friedrichshafen in Mannheim die Ehre seines Besuchs geben.

## Einäscherung von Dr. Fritz Fubel

Die Halle des Mannheimer Krematoriums konnte gestern nachmittags die Trauergäste nicht fassen, die gekommen waren, um von dem geachteten und beliebtesten Mannheimer Anwalt, Dr. Fritz Fubel, Abschied zu nehmen. Angehörige der akademischen Verbindung „Suevia-Heidelberg“ hatten auf der Treppe vor dem Krematorium, auf der der mit Blumen und Kränzen bedeckte Sarg aufgebahrt war, Aufstellung genommen. Stadtpfarrer Dr. Hoff von der Christuskirche erinnerte an das tragische Geschick des Verstorbenen, der in der Höhe seines Schaffens im 38. Lebensjahr dahingerafft wurde.

Im Namen des Mannheimer Anwaltsvereins legte Rechtsanwalt Dr. Emil Feld, der erste Vorgesetzte, ein prächtiges Kranzgebilde nieder. In tiefer Trauer und Ergreifendheit hielt die Mannheimer Anwaltschaft an der Bahre ihres hochgeschätzten, lieben Kollegen, der in seltenem Maße berufliche Eigenschaften besaß. Große Rechtskenntnis verband Dr. Fubel mit Fleiß, Verlässlichkeit und einem gesunden Verstand. Das vorbildliche Wesen und die wertvollen menschlichen Eigenschaften Dr. Fubels anerkannte in seinem Nachruf auch Landgerichtspräsident Dr. Wechsler, der im Namen der Richter und Staatsanwälte vom Amts- und Landgericht dem verstorbenen Anwalt die letzten Grüße überbrachte. Universitätsprofessor Dr. Erdmannsdorffer dankte dem warmherzigen Freund der Universität Heidelberg. Von der Gründung der Organisation an war Dr. Fubel Mitglied der „Gesellschaft der Freunde der Universität Heidelberg“. Im Auftrag der Universität, die einen warmherzigen Gönner verloren hat, und für die Gesellschaft legte Dr. Erdmannsdorffer den letzten Gruß nieder.

Der Verband der Mannheim-Ludwigshafener Musikvereine, aus dem die heutige Orchestergruppe des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer hervorgegangen ist, sowie die Tonkünstler und Musiklehrer der weiteren Umgebung dankten durch Tonkünstler Hans Bruch dem teilnehmenden Berater, der für die Höhe der Musiklehrer ein verständiges Ohr hatte. Das Rinderkrematorium Königsfeld, in dessen Krematorium der Heimgegangene gewirkt hatte, ließ durch Dr. Schall Dank sagen. Die Studentenverbindung „Teutonia“, die Nähe und Band am Sarge niederlegte, verabschiedete sich durch Dr. Redhard, der Freundeskreis durch Beigeordneten Prof. Dr. Wrede. Die Zuberfabrik gedachte durch Direktor Repper des Aufsichtsratsmitgliedes und juristischen Beirates.

Unter den vielen Kränzen bemerkte man solche des Corps „Suevia-Heidelberg“, einiger Alt-Veren-Verbände sowie zahlreicher Firmen, denen der Verstorbene als Anwalt und Berater nahegestanden war. Die Trauerfeier, die dem großen Musikfreund und Musikkenner gewidmet war, wurde durch seine Freunde auch ausgedehnt. Am Harmonium wirkte Kirchenmusikdirektor Hans Vanhmann. Frau Wette sang zur Einleitung das „Gebet“. Frau Vene Helle-Singheim spielte zum Abschied der Trauerfeier.

**\* Tätigkeit der Schulratsstelle.** Die Statistik der Mannheimer Schularatsstelle weist nach der Wiederwahl des hiesigen Amtes der Stadt Mannheim im dritten Vierteljahr 1932 11 028 (11 011) Unterweisungen nach und zwar: in den Volksschulhäusern und Kindersärten von Knaben 23 (gegen 24) von Mädchen 26 (gegen 26) in der Volksschule 75 (24) bezw. 1908 (1794); in den Fortbildungsschulen 307 (299) bezw. 330 (164); in den Berufsschulen (—) bezw. 84 (17); in der Elternsprechstunde 778 (593) bezw. 977 (679); Hell- und Erholungsflurorte 2285 (2007) bezw. 2004 (2087). Der Augenarztbesuch wurden 208 (223) Kinder überwiegen, der orthopädischen 8 (10), der Psychopathenbesuchen (—) (1), am Sonntag Spezialbesuchen 29 (9) und an die Familienfürsorge 8 (14). Müdigkeitsbesuchen fanden 285 (196), Müdigkeitsaufnahmen 37 (18) statt.

# Von kleinen Betrügern und Schwindlern

## Verhandlungen vor dem Schöffengericht Mannheim

Wie reife junge Menschen mit dem Strafgesetzbuch im Konflikt geraten können, zeigte die Verhandlung gegen die 28 Jahre alten Kaufleute E. Sch. und F. M. Beide sind noch nicht verheiratet. Sch. sollte im Juli d. J. die Arbeitslosenunterstützung mit 240 Mk. zu Hause abliefern. Dies geschah aber nicht, im Gegenteil, er ging mit seinem Freund M. in eine Wirtschaft und verbrauchte von der Unterstützung 5 Mk. Am nächsten Tag sollte M. für seinen zukünftigen Schwiegervater bei der Ortskrankenkasse 635 Mk. abgeben. Aber auch hier benutzten die beiden Parteien einen Teil des Betrags, um ihn in einer Wirtschaft in Alkohol umzusetzen. Um dieses Defizit zu verdecken, kamen beide auf den Einfall, durch gefüllte Schächtelchen Zigaretten zu „kaufen“. Sch. hatte bereits vor längerer Zeit zu Hause einen Scheck entworfen und mit falscher Unterschrift versehen. Es gelang ihm durch diesen falschen Scheck bei einem Schneider einen Antrag zu erhalten. Auf die gleiche Weise konnte er für 21 Mk. Zigaretten an sich bringen. Er schickte 4 Mk. in der und gab den Scheck, den er in der Wirtschaft wieder vorbracht hatte, an den Zigarettenhändler. Fünf Tage später kauften beide Angeklagte bei einem anderen Zigarettenhändler wieder für 21 Mk. Zigaretten und gaben einen Scheck in Zahlung. Der Scheck kam selbstverständlich bald heraus, da für die Schecks keine Deckung vorhanden war.

Die Angeklagten verantworteten sich damit, sie hätten Angst gehabt, zu Hause einzugehen, doch sie einen Teil der Unterstützung und des Krankengeldes in Alkohol umzusetzen hätten. Als die Gaunereien herauskamen, schickten beide und stellten sich einige Tage außerhalb ihrer Wohnung auf. Beide wollten, durch den Verkauf der Zigaretten den Selbstbetrog zu Hause decken zu können. Der Trick aus den Zigaretten wurde später verbrochen. Der Vater des M. hat die eine Zigarettenrechnung bereits bezahlt. Sch. hat sich verpflichtet, die andere zu bezahlen.

Erster Staatsanwalt Dr. Gerard beantragte für Sch. drei Monate und für M. wegen Delerei sechs Wochen Gefängnis. Das Urteil des Gerichts (Vor-

sitzender Amtsgerichtsrat Schmitt) lautete bei Sch. wegen Betrags in zwei Fällen und Unterschlagung auf zwei Monate Gefängnis und bei M. in zwei Fällen auf vier Wochen Gefängnis.

## Ein feiner Bräutigam

Das Verhalten des 31 Jahre alten Kaufmanns R. O. am Hingerbrück grenzt sehr hart an Betrugschwindel. Er hatte bei einer Reise eine Verkäuferin aus Mannheim kennengelernt. O. versprach dem Mädchen sofort die Braut, verschloß aber, daß er bereits geschieden war. Er brachte in Erfahrung, daß seine Braut auf der Sparkasse fast 1000 Mark Ersparnisse hatte; er erzwang sie daher, er müsse rückständige Steuern für eine Fabrikform bezahlen und benötige außerdem einige hundert Mark zur Anschaffung eines Lieferwagens. In ihrer Gutgläubigkeit gab ihm die Verkäuferin am 21. Juli 1931 das Sparkassenscheinbuch mit der Ermächtigung, 400 Mark von dem Guthaben abzuholen. O. verpflichtete sich schriftlich, den Betrag am 1. Januar 1932 zurückzugeben. O. der nie eine Fabrikform hatte, kaufte wohl einen Lieferwagen, gab dann aber das Sparkassenscheinbuch nicht zurück, sondern gab noch und noch die gesamte Einlage in Höhe von 400 Mark mit den aufgelaufenen Zinsen ab und verbrauchte das Geld für sich.

Als die Braut merkte, daß es O. lediglich auf ihre Ersparnisse ankommen war, erbat sie Anzeigegeld. O. verließ den feinen Mann zu wissen, dem es nie eingefallen sei, seine Braut, die er bestimmt heiraten wollte, um ihre Ersparnisse zu bringen. Seine Braut habe genau gemerkt, daß er mehr als die ursprünglich genehmigten 400 Mark abgehoben habe. Sie habe selbst einen Teil davon mitverbraucht. Die Hochzeit war auf das Frühjahr 1932 angesetzt. In der Zwischenzeit hat sich O. eine neue Braut angeeignet, die für die Ersparnisse ihrer Vorgängerin die Bürgschaft in voller Höhe übernommen hat.

Das Gericht verurteilte O. wegen Unterschlagung zu vier Monaten Gefängnis. Obwohl O.

bereits verheiratet ist, wurde ihm noch einmal Strafauflauf auf Wohlverhalten gewährt, da er versprach, den Schaden wieder gutzumachen.

## Ein ungeliebter Sohn

Ein ganz älterer Herr scheint der 26 Jahre alte Schloßer K. M. zu sein. Schon früh mußte er in Fürsorgeziehung gegeben werden, da seine Mutter nicht in der Lage war, ihn zu erziehen. Später wurde er aus der Fürsorgeziehung entlassen, da es unzumutbar war, ihn auch dort zu lassen. Am 19. Aug. kahl er seiner Mutter 3 Scheckformulare, füllte diese mit Beträgen von 20, 14 und 4 Mark aus und unterschrieb sie mit dem Namen seiner Mutter. In allen drei Fällen machte er geringe Rückstellungen und ließ sich die Differenz in bar auszahlen.

Bei der Vernehmung gab er zu, die Schecks genommen zu haben, betonte aber wiederholt, daß er diese im Auftrag und im Einverständnis seiner Mutter weitergegeben habe. Wie sehr dieser junge Mensch mit seiner Mutter auseinander ist, geht daraus hervor, daß er für diese nur die Antwort: „Sie hat ja alles gemacht“ gebracht. Die Mutter lebt in ständiger Angst vor Gewalttätigkeiten ihres Sohnes, der ihr oft gedroht hat. Er versuchte es im übrigen so darzustellen, als ob ihn seine Mutter verlassen wollte, in die Fremdenlegen einzutreten. Bei diesem Vorhaben dürfte nicht mehr viel zu retten sein. Bei seiner Anlage zu Gewalttätigkeiten kann man vielleicht das Schlimmste befürchten. Das Urteil lautete wegen Betrags in drei Fällen und Unterschlagung auf acht Wochen Gefängnis. M. wurde sofort auf freien Fuß gesetzt, da die Strafe durch die Unterlassungshaft verbüßt war.

## Auch ein Darlehensvermittler

Der 49 Jahre alte Kaufmann W. A. befahte sich mit der Vermittlung von Darlehen. Er ließ sich in verschiedenen Fällen Vorhänge bis zu 200 Mk. bezahlen, die Darlehensnehmer erhielten aber nie Geld, so wurden nur ihren Versuch. Um die Darlehensnehmer zu verführen schickte er in einem Falle ein Schreiben und künderte bei einem anderen das Datum ab. Auf diese Weise wollte er seine Kunden in Sicherheit wiegen.

Als A. einmah, daß er sich selbst auf der schwierigen Lage nicht mehr leisten konnte, erbat er Anzeige gegen sich mit folgendem Schreiben vom 8. August: „Ich habe seit März in verschiedenen Fällen Gelder vereinnahmt, zu deren Annahme ich auch berechtigt war und habe diese Gelder für mich verbracht. Ich beantrage gegen mich das Verfahren zu eröffnen, da ich bei meiner harten Reizung zum Alkohol dazwischen Besatz laufe weiter Geld zu unterschlagen.“

A. ist auch bei der Verhandlung geständig. Das eine Schreiben habe er aber nur als Durchschlag hergerichtet und mit „ausgegeben“ unterschrieben. Der medizinische Sachverständige, Medizinalrat Dr. Köhmann, wies darauf hin, daß A., der Trinker sei, aus einer Trinkerfamilie stamme. Er sei für seine Handlungen verantwortlich, man müsse ihm aber mildernde Umstände zubilligen. A. wurde wegen Betrags zu vier Monaten Gefängnis schließlich zwei Monaten Unterlassungshaft verurteilt.

# Herbst vor der Stadt

Wahrscheinlich, wenn des Herbstes Duschflüster über die Felder sich legen, schicken wir uns an zu einem Gang am Rande der Großstadt. Mit Vorliebe wählen wir dazu den trübsten Tag, den der nachfolgende November mit sich bringt. So war's auch heute ein Morgen, der bis in den Mittag hinein eingehüllt blieb in feuchtem Dunst, als wir über die Neckarstraße fuhren.

## Der schmale Pfad schiebt sich müde durch beschliefliche Land.

Dort drüben schimmern die dünnen Umrisse des Gebirges, das er vor Stunden verlassen. Der Bährmann schaut gähmend über die glatte Wasserfläche und dann zu dem dicht verhangenen Wolkenshimmel, von dem sprühender Dunst herabfließt:

Heuch! schimmert die glatte Fagelkrone, die vom Flugpfad im weiten Bogen hinüberleitet zur Manglerbahnstrecke. Die und da kommt aus dem Feld eine schräge Wogenlinie; die Bauern sind noch beim Schaffen. Sie holen die letzten Dickschiffen heim oder legen sie in die Vorratsgrube. Mitten im braunföhligen Feld steht ein Pferd. Fast unbeweglich, nur die Ohren jucken hin und wieder und aus den Nüstern dampft der Atem. Eine Decke schützt des Reiters Blöße vor der Novemberkälte. Auf dem Aker daneben wirft das blaue Pfingstweiden die braunen Schollen herum. Das Pferd steht mächtig an dem Strang, im Rhythmus des kumpelnden Schreitens bewegt sich der Kopf auf und ab.

## In das Gras der leuchten Zeit reden sich die entlauchten Weite der Oberräume, die verloren in den Feldern liegen.

Auf den Zweigen hocken zusammengesauert ein paar Raben. Ganz in der Ferne klopelt ein Ochs durch die Kiefernrinde.

Wir überholen ein Fuhrwerk. Es ist hochbeladen mit Röhren. Gemächlich trotten die Pferde auf der Straße dahin. Neben ihnen der Bauer; die silberne Mähde tief in die Zeitne bis an die lufthigen Augenbrauen gezogen, die Vorderschulter hoch am Hals geschlossen, die Hände in den Hosentaschen. In den Weiten vor Neckarau blühen die Ähren, noch einmal die Weite zu schwidern, bevor des Winters Strenge das buntsfarbige Leben auslöscht. Aus dem Dunst heben sich die Häuser. Nicht lange mehr und wir sehen

## einen Schneefall vorüberbrausen an den Schranken des Bahnhofsportals.

Hinter den Fensterscheiben der Wagenabteile blitzen die Reisenden gelangweilt heraus in den leuchten Morgen. Mannheim-Neckarau! Lesen sie im Vorbeifahren am Bahnhofsportale. Fräulein schlüpfen die einen in den Mantel und greifen zur Aktenmappe. Die andern aber räkeln sich wieder beglückt zurück: Gott sei Dank, wir brauchen noch nicht raus ins nachfolte Wetter! Wir fahren noch weit, und vielleicht geht dort die wärmende Sonne!

F. H.

**\* Ein Hirten schreiben zum Missionssonntag.** Erzbischof Dr. Conrad Gröber hat ein Hirten schreiben zum Weltmissions-Sonntag erlassen, das am kommenden Sonntag (1. Advent) von den Kanzeln der Kirchen der Erzdiozese zur Verlesung gelangt. Außerdem ist in allen Messen die Oratio aus der Messe für die Verbreitung des Glaubens als oratio pro re gravi einzulernen. Die Missionen sollen für das päpstliche Werk der Glaubensverbreitung (Transitus-Eusebius-Missionen) begünstigt und zum Beitritt aufgeschlossen werden. Im Kindergottesdienst und in der Christenlehre sollen die Kinder über das Werk der Hl. Kindheit erneut belehrt werden.

**\* Verlängerung des Einzelhandelsarbeits.** Der Mannheimer Schlichtungsamt hat am Mittwoch einen Schlichtungsbescheid gefällt, wonach der letzte Gehalts- und Mantelvertrag für den Einzelhandel bis 31. Dezember 1932 in Gültigkeit bleibt. Die endgültige Entscheidung darüber, ob den Wünschen der Einzelhandelsangestellten auf Verlängerung bis 31. März 1933 oder der Forderung der Arbeitgeberverbände auf sofortige Neuverhandlung des Tarifvertrages Rechnung zu tragen ist, wurde mit diesem Schlichtungsbescheid am 1. Januar des neuen Jahres vertagt.

**Stein, sie beisst nicht!**

Die Zigaretten-Raucher der billigeren Marken schätzten früher an ihrer Sorte eine gewisse Schärfe, während die Freunde der 5 und 6 Pf. Zigaretten das Mildaromatische liebten. OBERST, noch immer nach dem Rezept einer 5 Pf.-Zigarette hergestellt, hat nun mit grossem Erfolg die mildaromatische Richtung in die 3 1/3 Pf. Preislage hineingetragen. Werden doch ca. 165 Millionen OBERST im Monat geraucht! OBERST die 3 1/3 Pf.-Zigarette

**OBERST** bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.









